

April 2022



Sozialdemokratische Partei  
Wohlen BE

SPplus Wohlen  
Postfach 319  
3032 Hinterkappelen

www.spplus-wohlen.ch



# DIE SPITZE BOTSCHAFT

Nationale Volksabstimmung vom 15. Mai 2022:

## Nein zur Zusatzfinanzierung von Frontex

Von Christof Berger, Vizepräsident SPplus Wohlen

Als Donald Trump im Wahlkampf 2016 seine Absicht bekannt gab, an der Südgrenze der USA eine rund 3200 Kilometer lange Mauer

gegen die Einwanderung aus Mexiko und weiteren südamerikanischen Ländern bauen zu lassen, gab es sich hierzu Lande viele entsetzt. Doch auch Europa

schottet seine Außengrenze systematisch und zunehmend hermetisch ab. Die «Mauer» heisst hier «Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache», auch Frontex genannt. Die Agentur mit Sitz in Warschau ist in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten für die Kontrolle der Außengrenzen der Europäischen Union zuständig. Frontex unterstützt einer-

seits die Grenzschutzbehörden der einzelnen Mitgliedsländer mit Risikoanalysen, Lagebeobachtungen und Schwachstellenbeurteilungen. Andererseits stellt Frontex für die Aufgaben vor Ort Strafverfolgungsbeamte, Schiffe, Flugzeuge und Ausrüstung bereit, welche insbesondere für Soforteinsätze bereitstehen.

Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty international kritisieren Frontex in Zusammenhang mit militärischen Flüchtlings-Abwehrmassnahmen, insbesondere in der Mittelmeer-Region, seit Jahren, denn an den europäischen Aussengrenzen werden die Menschenrechte oft missachtet: Menschen auf der Flucht werden aktiv und immer wieder gewaltsam abgedrängt. Das Recht, einen Asylantrag zu stellen, wird ihnen verweigert. Es gibt zahlreiche Berichte über sogenannte «Pushbacks», an welchen Frontex beteiligt war. So schleppten griechische Grenzbehörden unter den Augen und offensichtlich un-

terstützt von Frontex Flüchtlingsboote in türkische Gewässer und überliessen sie dort ohne Motor ihrem Schicksal. Pushbacks verstossen gegen Völkerrecht. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung garantiert, dass Migranten erst abgeschoben werden dürfen, nachdem sie das Asylverfahren durchlaufen haben. So soll sichergestellt werden, dass ein Mensch nicht in ein Land zurückgewiesen wird, in dem ihm beispielsweise Folter droht. Trotzdem spannt die Agentur ebenfalls mit der libyschen Küstenwache zusammen, um Männer, Frauen und Kinder zurück in Libyens Gefängnisse zu schicken, obwohl dort Morde, Versklavung und Vergewaltigungen umfangreich dokumentiert sind.

Die Mittel für die Agentur wurden von der EU seit der Gründung 2005 von 6 Millionen Euro um 7000% erhöht. Sie sollen für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ganze 11 Milliarden Euro betragen. Die Schweiz unterstützt Frontex



Frontex-Logo

als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. 2021 entschied das schweizerische Parlament, das Frontex-Budget von 14 auf 61 Millionen Franken jährlich zu erhöhen.

Dagegen wurde das Referendum ergriffen, weshalb wir am 15. Mai 2022 über diese massive Kreditaufstockung abstimmen werden. Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend brauchen unsere Unterstützung. Deshalb sagen wir NEIN zu mehr Frontex und JA zur Bewegungsfreiheit!

Wir setzen uns für eine sichere Migrationspolitik ein. Wir fordern sichere Fluchtwege, den Stopp der Kriminalisierung von Migration und die Bewegungsfreiheit für alle! Natürlich wird mit dem Stopp der zusätzlichen Finanzierung die Situation an der EU-Ausgangsgrenze noch nicht verbessert, aber mit einem NEIN setzen wir ein wichtiges Signal. NEIN zur Festung Europa. NEIN zur Mitverantwortung der Schweiz für eine rigide Abschottungspolitik, welche das Völkerrecht und die Menschenwürde mit Füßen tritt.

### **Weitere Abstimmungsparolen: JA zum Filmgesetz**

Wer über hoch lukrative Streamingplattformen sowie ausländische Fernsehsender Filme und Serien in der Schweiz zeigt, soll auch in der Schweiz investieren.

### **JA zum Transplantationsgesetz**

Bei Organspenden soll die erweiterte Widerspruchslösung eingeführt werden. Wer keine Organe spenden möchte, hält dies neu fest. Wer eine Transplantation benötigt, soll weniger lang auf ein Organ warten müssen.

## **Kantonale Volksabstimmung:**

# **Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen**

**Von Karin Fisli, Grossrätin, Vize-Fraktionspräsidentin**

In dubio pro populo – im Zweifel für das Volk – so hiess die damals eingereichte Motion im Grossen Rat. Der Motionär forderte, dass die Volksrechte gestärkt werden sollten und der Grosse Rat somit keine Tricks mehr anwenden könnte, um Abstimmungen an der Urne zu verhindern.

Der Grosse Rat kann mit einem Eventualantrag dem Volk bei einer Vorlage zwei Varianten unterbreiten. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können sich so genauer äussern.

Die Stimmberechtigten können aber auch zu bestimmten Vorlagen einen Volksvorschlag einbringen und somit eine Volksabstimmung verlangen. Dafür braucht es 10'000 Unterschriften innerhalb von drei Monaten.

Wenn nun aber die Mehrheit des Grossen Rates einen Eventualantrag beschliesst, kann im geltenden Recht kein Volksvorschlag gestellt werden. Leider wurde in der Vergangenheit immer wieder

der Eventualantrag als taktisches Mittel eingesetzt, um Volksvorschläge zu verhindern.

Neu soll dies nicht mehr möglich sein. Deshalb liegt eine Verfassungsänderung vor. Der Volksvorschlag soll nun höher gewichtet werden. Falls ein Volksvorschlag eingereicht wird, fällt ein allfälliger Eventualantrag des Grossen Rates weg. Es können wie bis anhin auch mehrere Volksvorschläge eingereicht werden.

Bei den Diskussionen im Grossen Rat war eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder klar der Ansicht, dass bezüglich Eventualantrag Handlungsbedarf besteht. Es dürfe nicht mehr geschehen, dass der Eventualantrag eingesetzt werde, um ein Volksrecht zu verhindern. Die Mehrheit im Rat findet die vorliegende Gesetzesänderung richtig, weil damit die taktische Anwendung des Eventualantrages nicht mehr möglich ist. Wenn kein Volksvorschlag vorliegt, kann der Eventualantrag weiterhin angewendet werden.

Es gab auch eine Minderheit im Grossen Rat, welche keinen Grund für die Änderung des bestehenden Gesetzes sieht. Es sei sogar so, dass durch den Vorrang des Volksvorschlages das Parlament geschwächt werde. Einzelne Grossrätinnen und Grossräte wollten das System mit Eventualantrag und Volksvorschlag ganz abschaffen, da es für viele Stimmberechtigten zu kompliziert und unverständlich sei.

Da die SP Kanton Bern grundsätzlich Volksrechte wichtig und richtig findet, wird die Annahme dieser Vorlage empfohlen, weil damit die Volksrechte gestärkt werden.

---

**Jetzt  
SP-Mitglied werden!**

